

5. Mehr Sicherheit im Kanton Zürich

Postulat Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Markus Schaaf (EVP, Zell), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich) vom 9. September 2024

KR-Nr. 286/2024

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Lisa Letnansky hat an der Sitzung vom 27. Januar 2025 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB): Dass sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren weltweit und grundlegend verändert hat, dafür reicht ein Blick in die Tagespresse. Es sind keine schönen Nachrichten, die uns täglich erreichen. Das betrifft auch das Sicherheitsempfinden und die aktuelle Sicherheitslage in der Schweiz und im Kanton Zürich. Je nach Datum der Behandlung des Vorstosses im Rat kann man fast tagesaktuelle Meldungen der Kantonspolizei beiziehen. Als ich das Votum für die Kantonsratssitzung vom 10. März 2025 das erste Mal vorbereitet habe, wäre ein Verweis auf eine Schiesserei am Albisriederplatz, notabene aus fahrenden Fahrzeugen, erwähnenswert gewesen.

Heute kann man auf das Interview mit der neuen Fedpol-Direktorin Eva Wildi-Cortés (*Bundesamt für Polizei*) in der gestrigen Ausgabe der «NZZ am Sonntag» verweisen. Sie warnt explizit vor dem mafiösen Wirken von Clans in unserem Land. Und leider muss man auch das Beispiel in der Stadt Bern erwähnen, wo offenkundig ein Teil des Schwarzen Blocks zur jüdischen Synagoge vordringen wollte, und ich gehe davon aus, dass er keineswegs in friedfertiger Absicht vordringen wollte, er trat nämlich mit Sturmhauben auf. Zur Gewaltbereitschaft der Gesellschaft, die sich in den letzten Jahren akzentuiert hat, kommen überaus zeitintensive Ermittlungen im Bereich des organisierten Verbrechens, des gewalttätigen Extremismus, aber auch der Finanzkriminalität und der Cyberkriminalität hinzu. Dabei handelt es sich um ausgesprochen komplexe Aufgaben für die Polizei, die bestens ausgebildetes Personal benötigt, welches teils über Jahre mit einzelnen Fällen beschäftigt ist, um diesen Machenschaften Herr zu werden.

Noch stärker akzentuiert hat sich die Lage seit dem 7. Oktober 2023. So müssen beispielsweise im Ausland verbotene Gruppierungen vermehrt auch in der Schweiz beobachtet werden. Nicht nur jüdische Institutionen, auch Weihnachtsmärkte und andere Grossveranstaltungen müssen stärker geschützt werden als zuvor. In diesem Zusammenhang ist auch auf die grosse Ermittlungsunterstützung der Kantonspolizei gegenüber dem Nachrichtendienst des Bundes hinzuweisen. Es ist eine Situation, die nicht nur den Kanton Zürich betrifft, auch andere Kantone, wie beispielsweise die Kantone Aargau, Baselland und Luzern, reagieren und stocken ihre Polizeikräfte auf.

Zwar vermag die Kantonspolizei zurzeit ihrem Grundauftrag nachkommen, jedoch ist dieser mit Blick auf die veränderte Sicherheitslage, die gewachsene und

weiter steigende Einwohnerzahl sowie die zusätzlich komplexeren Aufgaben für die Zukunft nicht mehr einfach garantiert. Gerade weil in den vergangenen Jahren im Hinblick auf die erwähnten neuen Bedrohungen neue Abteilungen ohne eine nennenswerte Erhöhung des Bestandes aufgebaut wurden, stehen weniger Polizisten zur Erfüllung der Grundversorgungsaufgaben zur Verfügung.

Das vorliegende Postulat legt deshalb den Fokus auf die Grundversorgung. Die zusätzlich beantragten Stellen sollen vor allem bei der Regionalpolizei und für sicherheitspolizeiliche Aufgaben eingesetzt werden. Es geht darum, die Polizeidichte im ganzen Kanton zu erhöhen. Wenn gewisse Regionen von ihren Polizeiposten hören müssen, dass für Präsenzfragen wenig Zeit bleibt und eine Triage der Fälle, die überhaupt weiterverfolgt werden können, vorgenommen werden muss, dann ist das kein gutes Zeichen für die Bevölkerung und die Behörden. Mit einer angemessenen Erhöhung des Sollbestandes kann nicht nur die Aufgabenerfüllung in allen Bereichen besser gewährleistet werden, sondern es können auch Überlastungen der Polizisten vermieden werden, was sich doch insgesamt positiv auf die Sicherheitslage im Kanton auswirken wird. Denn seitens der Angehörigen der Polizei wird von einem immer grösseren Druck berichtet, eine erhöhte Fluktuation bei der Kantonspolizei weist darauf hin. Der Polizeiberuf hat angesichts der Herausforderungen deutlich an Attraktivität eingebüsst. An dieser Stelle sei allen Angehörigen der Polizei für ihren Einsatz ganz herzlich gedankt.

Die Kantonspolizei muss auch in Zukunft für Kriseneinsätze bei Grossanlässen und für die Zusammenarbeit mit dem Bund beim Nachrichtendienst gerüstet sein. Angesichts der nationalen und internationalen Sicherheitslage bedeutet das, die rechtzeitige Erhöhung des Personalbestands jetzt anzugehen. In diesem Sinne ist klar, wir müssen vorausschauend planen. Wenn uns Krisen überrollen, ist es zu spät, um am Personalbestand zu schrauben. Im Krisenfall braucht es jederzeit genügend Polizistinnen und Polizisten, die gut ausgebildet sind. Das sind wir der Bevölkerung im Kanton, aber auch dem Polizeikorps schuldig. In diesem Sinne bitte ich um Unterstützung des Postulates. Besten Dank.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): «Mehr Sicherheit im Kanton Zürich», das klingt auf den ersten Blick nach einem sinnvollen Ziel. Allerdings greift das vorliegende Postulat viel zu kurz. Sicherheit ist eine komplexe Angelegenheit und nicht ein Bauchgefühl und die Sicherheit kann nicht einfach mit mehr Polizistinnen und Polizisten erreicht werden. Genau wie auf Bundesebene haben die Postulantinnen und Postulanten das Gefühl, dass sie mit der Aufrüstung eins zu eins mehr Sicherheit erreichen, während sie andere sicherheitsrelevante Bereiche wie Bildung, Prekarität, psychische und physische Gesundheit sowie Integration konsequent kaputtsparen. Eine solche Strategie wird nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern zu mehr Grabenkämpfen, Unzufriedenheit und Alarmismus. Ein wunderbares Beispiel der Kurzsichtigkeit der bürgerlichen Ratsseite haben wir gerade vorher bei der Umsetzungsvorlage zur Anti-Chaoten-Initiative (*Vorlage 5960*) diskutiert. Anstatt die Kantonspolizei von sinnlosen oder rein repressiven Aufgaben zu entlasten, schaffen Sie mehr solche Aufgaben voller voraussehbarer Leerläufe und

unnützer Bürokratie. Wenn Sie wirklich wollen, dass die Polizistinnen und Polizisten genügend Ressourcen für die wichtigen Aufgaben haben, dann hören Sie auf, solche Gesetze zu erlassen. Der Blick auf den sinnvollen Einsatz der vorhandenen Ressourcen war aber nicht der einzige Grund, warum wir die Diskussion verlangt haben.

Sie erwarten von der AL-Vertreterin jetzt bestimmt schon mit Vorfreude extreme Forderungen wie den Abolitionismus und «weg mit der Polizei». Da muss ich Sie aber enttäuschen, das werde ich nicht fordern. Ich glaube nicht an ein Paradies, in welchem es kein Gewaltmonopol mehr braucht. Was ich aber fordere, ist eine grundlegende Reform des Sicherheitsapparats, der dieses Gewaltmonopol innehat. Eine Demokratie, die diesen Namen verdient, braucht eine von unten aufgebaute Polizei, deren Vorgesetzte wähl- und abwählbar sind und die der Bevölkerung gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Es braucht eine demokratische Kontrolle der Polizei. Wer sich heute bei der Polizei beschweren will, muss sich an die Polizei wenden, was dazu führt, dass Machtmissbrauch und Übergriffe meistens straflos ausgehen. Das muss sich ändern. Solange die Polizei in erster Linie sich selbst und die bürgerliche Klassengesellschaft schützt, solange werden wir jede Aufstockung der Mittel verweigern. Wir werden das Postulat nicht überweisen.

Andrea Gisler (GLP, Gossau): Die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen, einer der Hauptgründe ist das Bevölkerungswachstum. Wenn mehr Menschen im Kanton Zürich leben, kommt es auch zu mehr Straftaten, das ist eine Binsenwahrheit. Die Kantonspolizei Zürich rückt pro Tag 20-mal wegen häuslicher Gewalt aus, im Jahre 2019 waren es noch 11-mal. Die 24-Stunden-Gesellschaft beschäftigt die Polizei rund um die Uhr. Der gewalttätige Extremismus, die Cyberkriminalität und international agierende Banden nehmen zu. Auch Grossanlässe wie das WEF (*World Economic Forum*), Fussballspiele und Demonstrationen binden viele polizeiliche Ressourcen. Oder ein anderes Beispiel, das mir persönlich am Herzen liegt: Wollte man die Kriminalität im Rotlichtmilieu tatsächlich wirksam bekämpfen, würden wir im Kanton Zürich allein für den Kampf gegen den Menschenhandel Dutzende von zusätzlichen Polizeikräften benötigen. In der polizeilichen Kriminalstatistik bewegt sich der Menschenhandel im tiefen einstelligen Bereich; nicht weil es ihn so selten gibt, sondern weil unter anderem die Ressourcen fehlen – zur Freude der kriminellen Akteure. Aus all diesen Gründen begrüsst es die GLP, dass der Regierungsrat im September beschlossen hat, das Polizeikorps bis im Jahre 2027 um 108 Stellen aufzustocken.

Gemäss der neuen polizeilichen Kriminalstatistik ist die Anzahl Gewaltdelikte gestiegen. Auch wenn die Schweiz nach wie vor ein sicheres Land ist, ist bei vielen Leuten im Kanton das subjektive Sicherheitsgefühl gesunken. Es ist deshalb wichtig, dass ein substanzieller Teil der zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten den Regionen zugutekommt und die dortigen Polizeiposten besetzt sind. Die Frage der inneren Sicherheit hat an Bedeutung zugenommen, in Deutschland hat

sie sogar den Wahlkampf bestimmt. Und verantwortlich für die innere Sicherheit ist in erster Linie die Polizei. Sie kann diese Aufgabe aber nicht im luftleeren Raum wahrnehmen, sondern ist auf den Rückhalt der Politik und der Gesellschaft insgesamt angewiesen. Die Zustimmung zum Postulat ist ein Zeichen dieser Unterstützung. Die GLP-Fraktion wird das Postulat überweisen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Meine Interessenbindung bei diesem Geschäft: Ich bin seit acht Jahren Präsident des Personalverbands der Kantonspolizei Zürich. Erlauben Sie mir einige Schlagzeilen, die in der vergangenen Woche nachgelesen werden konnten: Schwere Verkehrsunfälle in Riedikon, Küsnacht, Meilen und Neftenbach; zehn Fahrzeuge nach Kontrolle ausser Verkehr gesetzt; Grosseinsatz in Geroldswil wegen eines Mannes, der mit einer Waffe zu einem Schulhaus läuft; Raserfahrt durch Polizei gestoppt; Drogenschmuggler am Flughafen geschnappt; Raub auf Fastfood-Filiale in Regensdorf; Kontrollen in Barbershops und Gastrobetrieben in Winterthur. Diese Schlagzeilen zeigen nur einen kleinen Bruchteil der Polizeiarbeit in der letzten Woche. Täglich kümmern sich unsere Einsatzkräfte auch noch um Diebstahl, häusliche Gewalt, Verkehrssicherheit und vieles, vieles mehr. Diese Arbeit geschieht sichtbar an der Front und unsichtbar im Hintergrund, und dabei nimmt die Belastung stetig zu.

Aber die Aufgaben der Polizei nehmen nicht nur in der Menge zu, sondern auch in ihrer Komplexität. Cyberkriminalität, organisierte Kriminalität, digitale Ermittlungsarbeit fordern immer neue Kompetenzen, mehr Personalressourcen, ohne dass alte Herausforderungen wegfallen. Es kommen also immer mehr und komplexere Aufgaben auf die Polizei zu. Die Polizei ist am Boden, in der Luft, auf den Strassen, im Wasser und im Internet im Einsatz und sie muss überall handlungsfähig bleiben, damit sich die Menschen sicher fühlen können. Doch das geht nur mit genügend Ressourcen.

An die Kollegin Lisa Letnansky: Wenn sich jemand über die Polizei beschweren will, dann hat er die Möglichkeit, dies zu tun. Dafür gibt es extra eine Abteilung, den Rechtsdienst. Der leitet dann sofort ein Administrativverfahren gegen Angehörige der Polizei ein. Oder wenn man das nicht will, kann man sich an den Ombudsmann wenden, der vermittelnd zwischen Behörde und Bürger steht. Den Ombudsmann haben wir als Kantonsrat genau dafür eingesetzt.

Es stellt sich nun die Frage, ob der Personalbestand der Kantonspolizei erhöht werden soll. Ich möchte Sie einfach warnen: Machen wir nicht den gleichen Fehler wie beim Pflegepersonal. Der Pflegeberuf stellte einst Berufung dar, heute ist er nur noch eine Belastung. Die Jahre des Sparens im Gesundheitswesen führten zu einem Personalmangel, zu einer hohen Belastung und zu Frustration. Heute kämpfen die Betriebe um ihr Personal. Patienten erhalten eine schlechte Betreuung, viele Pflegekräfte haben den Beruf verlassen und das System steht im Laufe der nächsten Jahre vor dem Kollaps. Die Politik hat zu spät reagiert und versucht nun verzweifelt, das Ruder herumzureissen. Genau das Gleiche droht bei der Polizei.

Wenn wir jetzt nicht reagieren, wenn Polizistinnen und Polizisten dauerhaft überlastet sind, zu wenig Personal vorhanden ist und es für seine Arbeit immer weniger Wertschätzung erfährt, werden auch Polizistinnen und Polizisten den Beruf verlassen und nicht mehr zurückkehren. Und was wird die Folge sein? Ein massiver Verlust an Sicherheit bei uns im Kanton Zürich und darüber hinaus in der ganzen Schweiz. Wir haben gehört, was weniger Einsatzkräfte bedeuten: längere Reaktionszeiten bei Unfällen, häuslicher Gewalt oder Einbrüchen, weniger Präsenz, mehr Unsicherheit. Es gibt auch bei der Polizei einen Punkt, bei dem es zu spät ist, das Ruder herumzureissen, aber noch können wir handeln.

Ein Parlament, das seine Polizei im Stich lässt, spielt mit der Sicherheit seiner Bevölkerung. Aber nochmals: Noch können wir handeln. Mit diesem Postulat fordern wir vom Regierungsrat, den Personalbestand der Kantonspolizei in einem vernünftigen Mass aufzustocken und den neuen Herausforderungen anzupassen. Mehr Personal bedeutet weiterhin schnelle Einsätze und Intervention, eine breite Prävention und die Verhinderung von Straftaten, die konsequente Verfolgung von Straftätern sowie die Sicherheit für alle Einwohner im Kanton Zürich. Und ja, Sicherheit kostet, aber Unsicherheit kostet noch viel, viel mehr. Es ist jetzt Zeit, das gehandelt wird. Stellen wir die Weichen richtig. Die EVP-Fraktion wird dieses Postulat unterstützen.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Wir sind uns wohl zum Glück einig beim Ziel, mehr Sicherheit im Kanton Zürich anzustreben. Ob Sicherheit etwas mehr beinhaltet als nur einen Ausbau der Polizei oder der Polizeipräsenz, da haben wir vielleicht andere Ansichten, das hat ja auch Lisa Letnansky schon ausgeführt. Was ich aber noch wichtig finde in dieser Debatte – das wurde bisher nämlich kaum erwähnt – ist der Teil des Vorstosses, mit dem gefordert wird, dass diese Aufstockung saldoneutral erfolgen solle. Mein Vorredner hat gesagt, Sicherheit kostet. Ja, und wenn dann von der bürgerlichen Seite wieder einmal gefordert wird, man solle aufstocken, man solle leisten, man solle immer mehr Aufgaben übernehmen, aber kein Geld dafür ausgeben oder es an anderer Stelle einsparen, ohne zu sagen, wo genau, finde ich das schon etwas fragwürdig, gerade angesichts der nachgewiesenen Tendenz, dass mehr Polizeikräfte im Aussendienst auch zu mehr Ressourcen bei der gesamten Strafverfolgung, bei den Staatsanwaltschaften, an den Gerichten und auch im Justizvollzug führen. Aber hier sind Sie nicht bereit, Geld zu sprechen. Das zeigt nochmals, dass einfach leere Symbolpolitik betrieben wird. Und es ist ja auch nicht so, dass wir Linken in diesem Rat – und das hat mir der Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) auch schon im Voraus anerkennend bestätigt – einfach pauschale Erhöhungen des Polizeibestandes ablehnen. Der Sicherheitsdirektor hat bei der Budgetberatung beispielsweise gesagt, dass für die Regionalpolizei und zur Erreichung der Legislaturziele beim Gewaltschutz und in weiteren Bereich mehr Stellen benötigt werden, die auch wir immer genehmigt haben. Ich verstehe nicht, weshalb Sie so alarmiert sind und darlegen, dass wir sofort mehr Polizistinnen und Polizisten benötigen, die nicht aus dem Boden gestampft, sondern zuerst ausgebildet werden müssen. Ich hoffe ja schwer,

dass der Sicherheitsdirektor vorausschauend plant und zum Beispiel religiöse Institutionen oder andere gefährdete Gruppen vor Gewaltdelikten schützt und Prioritäten setzt.

Es ist jetzt aber so, dass die Polizei relativ viele Ressourcen in die Fahndung von Bagatelldelikten steckt oder in solche gegen Personen, die sich hier unrechtmässig aufhalten und immer wieder festgenommen werden, obschon sie nicht legal ausgewiesen werden können, weil ihnen im Heimatland die Verfolgung droht. Bei solchen Fällen frage ich mich, ob man an den Ressourcen nicht etwas ändern könnte. In diesem Sinne lehnt die SP-Fraktion das Postulat ab. Sie wird aber einen auf dem ordentlichen Weg beantragten Ausbau von Polizeistellen prüfen und danach entscheiden. Besten Dank.

Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil): Dieses Postulat fordert die Überprüfung respektive eine genaue Auslegeordnung der über 2000 Stellen der Kantonspolizei. Bis zum Ende der Legislatur sind weitere Arbeitsstellen geplant. Sind diese Stellen am richtigen Ort und haben die Polizistinnen den korrekten Auftrag? Wie sieht die Zukunft aus? Sind sie für komplexere Aufgaben gerüstet? Wo braucht es wie viel Personal? Das ist hier die entscheidende Frage. Die Saldoneutralität ist dann die Gretchenfrage. Die Mitte-Fraktion überweist dieses Postulat und freut sich auf eine weitsichtige Antwort und hoffentlich stets sichere Zeiten.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Liebe Lisa Letnansky, ich bin schockiert über dein ideologisches und von Klassenkampfromantik geprägtes Votum. Ich will von dir ganz klar wissen, wie die Sicherheit von Personen und von Objekten garantiert wird und wer dies tut, wenn nicht Polizisten. Die Antwort war, es brauche demokratische Prozesse. Aber mit demokratischen Prozessen ist keine Sicherheit gewährleistet für die Opfer oder für die Schutzbedürftigen. Deshalb frage ich: Wie wollt ihr die Sicherheit gewährleisten? Und zu dir, Leandra Columberg: Du hast gesagt, du verstehst nicht, weshalb wir so alarmiert sind. Wir sind alarmiert, weil wir die Zeitung lesen. Besten Dank.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich): Auf den ersten Blick haben wir Grünen es mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass Bürgerliche fordern, dass sich die wachsende Einwohnerzahl und zusätzliche komplexere Aufgaben mit mehr Stellen in der kantonalen Verwaltung niederschlagen sollen. Leider aber – wir haben das natürlich schnell festgestellt – klappt das nur, wenn es um die Polizei geht. Bei anderen staatlichen Aufgaben – wir kennen das zu Genüge aus langen Budgetdebatten – wittert die rechte Ratsseite immer die Luft, die ja überall in der Verwaltung stecken soll, die man ablassen kann. Bei den in diesem Postulat formulierten Prinzipien haben Sie einen anderen Umgang mit den Ressourcen, was eigentlich positiv ist.

Aber das Problem bei diesem Postulat ist, dass Sie nicht genau darlegen, wie Sie sich die bessere Ausstattung der Kantonspolizei vorstellen. Im Postulat steht einfach, dass die Stellenaufstockung saldoneutral erfolgen soll. Das bedeutet also,

andere Ressourcen müssen zurückgefahren werden. Wo soll dies geschehen? Innerhalb der Kantonspolizei oder innerhalb der Sicherheitsdirektion oder meinen Sie die gesamte Verwaltung? Wo wollen Sie Verschiebungen vornehmen? Haben Sie dazu Ideen oder schauen Sie einfach mal, was der Sicherheitsdirektor Ihnen vorschlagen wird?

Wenn weitere Aufgaben hinzukommen und sie komplexer werden, haben wir grundsätzlich nicht viele Sympathien für eine saldoneutrale Aufstockung. Sollte diese innerhalb der Kantonspolizei geschehen, könnte etwa weniger Personal und Energie in die aufwendige und wenig ergiebige Verfolgung leichter Verstösse gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz gesteckt werden. Das ist nämlich Sisyphusarbeit. Hier hätte es Potenzial, das für andere polizeiliche Tätigkeiten freigemacht werden könnte. Etwas mehr Augenmass könnte durchaus hilfreich und entlastend sein.

Grundsätzlich erwarten wir von der Kantonspolizei, dass sie ihre Aufgaben und Ressourcenverteilung laufend überprüft und auch dem gesellschaftlichen Wandel anpasst. Dafür braucht es kein Postulat. Wenn die Kantonspolizei mehr Ressourcen benötigt, sind Anpassungen in der Verordnung, die in der Kompetenz des Regierungsrates liegt, oder das Budget die richtige Stellschraube. In diesem Sinne ist das Postulat überflüssig und wir lehnen es ab.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Die SVP-Fraktion unterstützt das vorliegende Postulat mit Überzeugung und einem kleinen Vorbehalt. Die Sicherheit unserer Bevölkerung ist eine der zentralen staatlichen Aufgaben und sie ist heute mehr denn je gefordert. Die Welt, das haben wir gehört, hat sich verändert, die Bedrohungslage ist komplexer geworden. Die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft nimmt zu und auch im Kanton Zürich spüren wir indirekt die Auswirkungen von internationalen Konflikten. Die Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023 haben uns einmal mehr vor Augen geführt, wie verletzlich unsere offene Gesellschaft ist. Gruppierungen, die im Ausland verboten sind, treten nun auch in der Schweiz direkt oder indirekt in Erscheinung und instrumentalisieren. Jüdische Einrichtungen, Weihnachtsmärkte und andere öffentliche Veranstaltungen müssen verstärkt geschützt werden. Und dann haben wir ergänzend dazu noch ein weiteres wichtiges Thema, nämlich die Zuwanderung, die Bevölkerung, die stetig wächst. Es kommen nicht nur Fachkräfte, es kommen nicht nur Gutmenschen und Tolerante. Mit der Massenzuwanderung und den offenen Grenzen importieren wir leider auch Gewalt und Probleme, die SVP weist immer und immer wieder darauf hin. Diverse Länder in Europa haben dies bemerkt und verstärken den Grenzschutz, nur die Schweiz, und allen voran Bundesrat Beat Jans, wollen das immer noch nicht.

Mit diesen Problemen steigen auch die Anforderungen an unsere Polizei. Die Kantonspolizei leistet hervorragende Arbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten, doch sie gerät zunehmend an ihre Grenzen. Neue Aufgaben wie Cyberkriminalität, Observationen von Gefährdeten oder Personen, die schutzkritische Infrastrukturen gefährden, erfordern zusätzliche Ressourcen, und es ist nicht länger tragbar,

dass neue Abteilungen geschaffen werden, ohne den Personalbestand entsprechend zu erhöhen. Das Postulat fordert daher eine moderate, aber gezielte Aufstockung des Sollbestandes der Kantonspolizei auf 2400 bis 2450 Stellen bis zum Ende der Legislatur. Diese zusätzlichen Kräfte sollen vor allem in der Grundversorgung für sicherheitspolizeiliche Aufgaben eingesetzt werden, also dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden. In diesem Zusammenhang ist es für die SVP besonders wichtig, dass diese sinnvolle und wichtige Aufstockung saldoneutral erfolgt, und zwar über alle Direktionen. Das heisst: mehr Sicherheit, aber ohne zusätzliche Belastung des Staatshaushalts. Die vorgeschlagene Straffung des Verwaltungsapparats ist ein richtiger und notwendiger Schritt.

Zuvor kam von Silvia Rigoni noch ein Vorschlag, wo Personal eingespart werden könnte. Ich habe einen besseren Vorschlag: Analysieren wir doch einmal gemeinsam die Zahlen im Justizvollzug. Dann können wir feststellen, dass das Stellenwachstum dort über die letzten Jahre durch die Decke ging. Beim Justizvollzug haben wir sicherlich einen Ort gefunden, wo ein Einsparungspotenzial vorhanden ist. Wir dürfen somit nicht warten, bis es zu spät ist. Der Kanton hat die Möglichkeit, diese Stellen saldoneutral zu schaffen, packen wir es an. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit, sie muss aktiv gewährleistet werden. Deshalb sagt die SVP Ja zum Postulat. Besten Dank.

Lisa Letnansky (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich wurde direkt angesprochen. Sonja Rueff-Frenkel, ich kann Sie beruhigen, Sie brauchen nicht schockiert zu sein, Sie müssten vielleicht einfach ein bisschen genauer zuzuhören. Sie haben mich gefragt, wer die Sicherheit der Menschen garantiert, und ich habe ganz bewusst sehr explizit gesagt, dass wir nicht die Abschaffung der Polizei fordern. Wir anerkennen das Gewaltmonopol. Wir sagen einfach: Sicherheit ist ein umfassenderer Bereich, der grösser gedacht werden muss, als dass man sich nur auf die Polizei konzentriert.

Ich höre jetzt, dass sogar beim Justizvollzug gespart werden soll; als ob dieser nicht auch sicherheitsrelevant wäre und Betroffene nie wieder auf die Gesellschaft treffen würden. Solange Sie nicht bereit sind, die Sicherheit umfassender zu denken und nicht auch die Bildung, Chancengerechtigkeit, Integration und so weiter miteinzubeziehen, sondern im Gegenteil im Postulat fordern, dass das Schaffen zusätzlicher Polizistinnen und Polizisten über alle Direktionen hinweg saldoneutral erfolgen soll, unterstützen wir den Vorstoss nicht.

Regierungsrat Mario Fehr: Vielen Dank für diese Debatte und ich will das ausdrücklich anerkennen, dass im ganzen Ratssaal ein Grundrespekt gegenüber denjenigen besteht, die tagtäglich für unsere Sicherheit in diesem Kanton sorgen. Die Kantonspolizei verfügt im ganzen Kanton über 51 Polizeiposten. Es ist uns ganz wichtig, dass wir in der ganzen Breite für die Menschen präsent sind. Ich ermutige meine Polizistinnen und Polizisten ausdrücklich, immer und immer wieder auf die Menschen zuzugehen, was im Übrigen für die Polizistinnen und Polizisten eine

Haupttriebfeder ist, diesen Beruf zu erlernen. Ich besuche jede Klasse der polizeilichen Ausbildung, und die jungen Polizisten und Polizisten sagen mir immer wieder «wir wollen etwas für diese Gesellschaft tun».

Die Kantonspolizei hat – manchmal sage ich das zu meinem Bedauern – einen viel besseren Ruf als die Politik. Die Zustimmungswerte der Kantonspolizei liegen etwa bei 80, 85 Prozent, was doch daraufhin hindeutet, dass sie ihre Arbeit so ausführt, wie die Menschen es wollen. Und selbstverständlich ist diese Kantonspolizei auch demokratisch kontrolliert. Wir sprechen hier drinnen vom demokratischen Organ über die Polizei. Sie bestimmen über die Mittel der Polizei, Sie kontrollieren die Polizei, Sie werden vorstössig, wenn Sie mit der Polizei nicht einverstanden sind.

Wir werden in den nächsten Jahren vor zusätzliche Herausforderungen gestellt werden, und selbstverständlich ist es richtig, dass Sicherheit nicht alleine mit der Polizei zu bewerkstelligen ist. Wir wissen alle hier drinnen, dass es eine gute Bildung, gute Gesundheitsinstitutionen und viele weitere Dinge braucht, aber es braucht eben auch eine starke Kantonspolizei. Ich bin sehr dankbar für diesen Vorstoss, ich sage Ihnen das ganz offen, denn damit kann auch zum Ausdruck gebracht werden, dass der Kantonsrat zu dieser Aufstockung, die der Regierungsrat in die Wege geleitet hat, steht und dass der Kantonsrat uns sogar noch einen etwas grösseren Spielraum geben kann. Die Kantonspolizei Zürich wird bis zum 1. Januar 2027 um 108 Stellen aufgestockt.

Ich muss Frau Franzen ein wenig widersprechen. Sie hat gesagt, die Attraktivität des Polizeiberufes sei nicht mehr so wie auch schon. Das mag für alle anderen Polizeikorps zutreffen, die ich nicht kenne, aber es trifft garantiert nicht auf diejenigen jungen Leute zu, die sich bei der Kantonspolizei bewerben. Die Kantonspolizei Zürich ist das einzige grosse Polizeikorps in der Schweiz, das seinen Sollbestand erfüllt, es ist das einzige Korps in der Schweiz, das über genügend junge Leute verfügt, die diesen Beruf ergreifen wollen, und das hat mit ein paar Dingen zu tun. Die Kantonspolizei hat, Gott sei Dank, ein breites und spannendes Aufgabenfeld. Nur wenige Kantone verfügen beispielsweise über einen Flughafen und erfüllen Kernaufgaben auch für den Bund, wie dies die Kantonspolizei Zürich tut. Die jungen Menschen sagen mir immer wieder, dass die Attraktivität des Berufes auch sehr viel mit dem Vertrauen zu tun hat, das die Kantonspolizei im Parlament und im Regierungsrat geniesst. Vor diesem Hintergrund ist dieser Vorstoss, wenn Sie ihn mit einer deutlichen Mehrheit überweisen, ein schönes Zeichen, junge, willensstarke und leistungsfähige Frauen und Männer zu ermutigen, diesen Beruf auszuüben.

Vielleicht wollen Sie sich, Frau Letnansky, auch bewerben. Wir haben einen der höchsten Frauenanteile in der Schweiz, stehen aber erst bei einem Anteil von 23,5 Prozent. Wir benötigen noch mehr Frauen, auch kritische Frauen. Es besteht auch innerhalb des Korps eine Auseinandersetzung. Die Leute werden geschult, kritisch zu denken. Sie können sich das vielleicht überlegen. Die meisten Leute, die zu uns kommen, finden ihre vormalige Tätigkeit langweilig. Also wenn es Ihnen hier nicht mehr gefällt, melden Sie sich doch bei uns, wir würden uns freuen.

Ich freue mich und danke vielmals, wenn Sie dieses Postulat überweisen, deutlich überweisen. Es ist ein gutes Zeichen für die Kantonspolizei, ein gutes Zeichen für Menschen, die sich tagtäglich für Ihre Sicherheit einsetzen. Besten Dank.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 286/2024 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.